

Dresdner Neueste Nachrichten

Anhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark
für den Monat 2 G. Mark, für den Monat 3 G. Mark
Postbezug für Monat März 2 G. 25 Pfennig, für die Monate April bis Juni 2 G. 50 Pfennig, für die Monate Juli bis September 2 G. 75 Pfennig, für die Monate Oktober bis Dezember 3 G. 00 Pfennig.
Einzelnnummer 10 G. Pfennig

Abdruckpreis: Die 20 mm breite Zeile kostet Goldmark 0,30, für außerorts Goldmark 0,35, für das Ausland Goldmark 0,50. Die Kolumnenpreis, 61 mm breit, kostet Goldmark 1,50, für außerorts Goldmark 2,00. — Die Druckgebühren für Druckarbeiten betragen Goldmark 0,10. — Für Anfertigung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Abteilung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandsstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postfachkonto: Dresden Nr. 2060
Abteilung: Abteilungen (ohne Adressen) werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle eines Druckfehlers oder einer unrichtigen Anfertigung des unrichtigen Anzeigens

Nr. 68 Donnerstag, 20. März 1924 XXII. Jahrg.

Völkerbund oder Wetttrüsten?

Bedeutamer Entschluß der englischen Regierung — Neue Dokumente über das tschechisch-französisches Bündnis — Der Unfall Ludendorffs im Münchner Prozeß

Der Sachverständigenbericht vor der Vollendung

(Telegraphisches Korrespondenten)
Paris, 19. März. In der Sitzung der Sachverständigen, die gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Generalen Dames stattfand, ist das endgültige Programm der noch zu ergebenden Verhandlungen festgelegt worden. Folgendes läßt sich darüber entnehmen: Im Laufe dieser Woche wird die Unterausschüsse für die Angelegenheiten der Rüstung, der Luftfahrt, der Schifffahrt, der Eisenbahnen treffen müssen, damit dieser wichtige Punkt in das Hauptprogramm über die Finanzverhältnisse einfließen kann. Ferner sind General Dames zwei besondere Sitzungen einberufen, um eine Verständigung über die letzten Jahresrechnungen herbeizuführen, die Deutschland nach Ablauf des Quartals am 1. April vorlegen wird. Von dem Komitee Mac Kennan wird Anfang nächster Woche der Bericht über die noch ausstehende Frage erwartet, welche Aufgaben von den beiden Industriellen zu erledigen sind, deren Verträge infolge unangelegener Devisenrestriktionen die große Steigerung erfahren hat.
Es wird über alle diese Fragen eine gründliche Prüfung erfolgt werden ist, wird Dr. Schacht in das Hotel „Kortina“ beurlaubt werden. Die Schwierigkeiten, denen die Sachverständigen bei der Stellungnahme des deutschen Zahlungsausfalls im Jahre 1923 begegnet, werden durch Kommentare der Regierungsdirektoren besonders hervorgehoben. Den Sachverständigen wird der Rat gegeben, aber hauptsächlich die bindenden Vorarbeiten zu machen, indem sie auf allgemeine Beziehungen zu beschließen. Es scheint, daß auch Polencos in der nächsten Woche sich eingehend mit der Reparationsfrage beschäftigen wird. Eine Londoner Meldung besagt, daß Polencos die Ansicht habe, eine internationalisierte Verwaltung über die Punkte zu veranlassen, die von den Sachverständigen ebenfalls gefordert werden können, wie von der Reparationskommission. Einigen nationalen Blättern würde es angenehm, wenn eine

englische Kabinettskrise das baldige Zustandekommen einer solchen Konferenz verhindern würde.
Dr. Schacht in Paris
Paris, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht trat gestern in Paris ein und wird im Laufe des heutigen Tages in Begleitung von Regierungsrat Meyer von der Reichsbankkommission über dem Münchener Aufenthalt der Sachverständigenkommission erscheinen. Im Hotel Astoria hielt man sämtliche Gerichte, die von den Sachverständigen vorgelegt wurden, in Abrede. Man hielt ausdrücklich fest, daß das bisherige Einverständnis zwischen den Mitgliedern der beiden Komitees nicht außer Kraft zu setzen sei. Es kommt schließlich darauf an, technische Schwierigkeiten, die der Abfassung des Sachverständigenberichts entgegenstehen, zu überwinden.
Der schwankende Franken
Amerikanische Banken in Zahlungsschwierigkeiten
(Telegraphisches Korrespondenten)
Paris, 19. März. „Daily Telegraph“ meldet, daß zwei amerikanische Banken, die mit einer Milliarde Franken an der Bausparbank der letzten Woche beteiligt gewesen sind, in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Das Blatt meldet ferner, daß die französische Staatsbank dem amerikanischen Staat ein neues Leihgeschäft in Höhe von 50 Millionen Franken anbieten will.
Weiterhin wird gemeldet, daß die französischen Industriellen bei der Pariser Regierung vorstellig wurden, ein weiteres Steigern des Frankens nicht einzutreten zu lassen, weil dies für die Exportindustrie schwere Rückschlüsse bringen würde.

Berzucht auf die Flottenbasis in Singapur

(Eigener Drahtbericht)
London, 19. März. Die englische Regierung hat beschlossen, den Plan der Errichtung einer Flottenbasis in Singapur, der von der letzten Regierung gefordert worden war, nicht weiter in Erwägung zu ziehen. Diese Erklärung gab in der gestrigen Sitzung des Unterhauses der Unterstaatssekretär der Admiralität im Namen der Regierung ab, bevor die Debatte über die Flottenverträge begann. Er erklärte, der Gedanke einer neuen Flottenbasis habe die Regierung einnehmend beschäftigt, da sie ihm eine große Bedeutung beimesse. Nach sorgfältiger Prüfung aller gegebenen Tatsachen und Wünschen der Regierungen der überseeischen Dominions, jedoch sei die Regierung zu einem abschließenden Beschluß gekommen. Er fügte weiter hinzu, die Arbeit der Regierung habe die feste Absicht, die bisherige Linie der Verteidigungspolitik zur See weiterzuführen, ohne dabei — nun kommt die obliegende Verantwortung vor dem parlamentarischen Prinzip — ihrem Grundsatze treu zu bleiben, in dem Bestreben der Nationen nach Abrüstung an der Spitze zu marschieren. Die Regierung werde deshalb nicht unternehmen, was sie in den Verdacht aggressiver Pläne bringen oder als Provokation fremder Mächte angesehen werden könnte. Diese letzten Worte sind als beruhigender Hinweis auf die Absicht zu verstehen, die Flottenbasis in Singapur zu errichten, eine Flottenbasis in Singapur zu errichten, eine Flottenbasis in Singapur zu errichten.
Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte auch Ministerpräsident MacDonald noch einmal die Entscheidung der Regierung. Er erklärte, Singapur biete eine ausreichende Flottenbasis. Es sei die Absicht gewesen, diese anzubauen, um sie für gewisse Funktionen der Marine geeignet zu machen. Eine derartige Erweiterung der Anlagen widerspricht nach Ramsay MacDonald, der sich damit die gleichen Argumente an einen macht wie sein konservativer Vorgänger Baldwin, in keiner Weise dem Abrüstungsvertrag von Washington. Der Premier betonte ausdrücklich, daß Singapur bei den in Washington erreichten Abmachungen als eine Flottenbasis in Betracht gekommen sei. Die Regierung habe sich den Plan daher nach allen Seiten hin überlegt, sei fast ausschließlich dann aber doch, indem sie weitere Gesichtspunkte habe wägen lassen, zu der Entscheidung gekommen, den Plan fallen zu lassen. Die Regierung sei nämlich der Überzeugung, daß die Ausführung eines derartigen Planes ihrer gesamten Außenpolitik einen heftigen Stoß verfechten würde. Die englische Regierung werde eine Politik der internationalen Verständigung durch Stärkung und Erweiterung des Völkerbundes und die Lösung aller Streitfragen durch Schiedsgerichte. Wie er in seinem Briefe an Polencos bereits betont habe, müsse man auf diesem Zwecke das internationale Vertrauen wieder herstellen, und diese Aufgabe könne man nur durch die Beseitigung des heute noch vorhandenen Mißtrauens zwischen den Völkern erfüllen. Infolgedessen glaube er, daß die Errichtung einer Flottenbasis in Singapur geeignet sei, das internationale Vertrauen zu schädigen und Argwohn gegen Englands friedliche Absichten aufkommen zu lassen.
MacDonald gab sodann eine Übersicht über die in dieser Frage von den Dominions erhaltenen Antworten. Australien, Neuseeland und Newfoundland haben allerdings die englische Regierung dringend zur Aufhebung des Singapurplanes zu bewegen versucht. Die australische Regierung ist wie MacDonald erklärte, obwohl sie ihre Sympathie für die internationale Verständigung und Abrüstungspolitik der letzten englischen Regierung ausdrückt, der Auffassung, daß die Aufgabe des

Singapurplanes diese Politik der Verständigung eher schädigen als unterstützen würde, weil eine Verminderung der Flottenmacht naturgemäß auch den britischen Einfluß schwächen müßte. Auch Neuseeland ist der Ansicht, daß die britischen Interessen gefährdet würden, wenn die englischen Großkampfschiffe nicht in der Lage seien, in den Gewässern des Pazifik zu operieren, und daß die Zeit noch nicht gekommen sei, sich lediglich auf den Einfluß des Völkerbundes zu verlassen.
Im Gegensatz hierzu hat das südafrikanische Ministerpräsident, General Smuts, den ablehnenden Entschluß der englischen Regierung als einen tüchtigen Schritt auf dem Wege zum künftigen Frieden in der Welt bezeichnet. Die Regierungen von Canada, Indien und des irischen Freistaates haben davon abgesehen, ihre Meinung zu der Frage zu äußern. Nachdem er diese Übersicht gegeben hatte, erklärte MacDonald, die englische Regierung habe von den Dominions Feldern der Sympathie für ihre internationale Politik erhalten, wenn sie sich auch nicht alle über die Wirksamkeit der von ihr eingeschlagenen Methoden einig seien.
Wer hat die größte Flotte?
London, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Der heute veröffentlichte Ausweis der Admiralität zeigt die Stärken der britischen, amerikanischen, japanischen, französischen, italienischen, russischen und deutschen Flotten am 1. Februar 1924 und enthält folgende Zahlen: Schlachtschiffe: Großbritannien 18, Vereinigte Staaten 18, Japan 6, Frankreich 9, Italien 7, Rußland 6, Deutschland 6. Schlachtschiffe: Großbritannien 4, Japan 4, Vereinigte Staaten 0. Die anderen Staaten haben keine Schiffe dieser Gattung. Kreuzer: Großbritannien 2, Vereinigte Staaten 10, Japan 7, Frankreich 6, Italien 10, Rußland 1, Deutschland 2. Gepanzerter Kreuzer: Großbritannien 11, Japan 17, Frankreich 5, Italien 10, Rußland 1, Deutschland 2. Ungepanzerte Kreuzer: Großbritannien 11, Japan 11, Frankreich 11, Italien 11, Rußland 11, Deutschland 11. Flugzeug-Mutterchiffe: Großbritannien 10, Vereinigte Staaten 0, Frankreich 0, Italien 0, Japan 0. Zerstörer: Großbritannien 188, Vereinigte Staaten 209, Japan 76, Frankreich 48, Italien 51, Rußland 20, Deutschland 10. U-Boote: Großbritannien 61, Vereinigte Staaten 115, Japan 54, Frankreich 48, Italien 42, Rußland 20, Deutschland 0.
Großbritannien hat ferner im Bau oder projektiert 2 Schlachtschiffe, 4 leichte Kreuzer und eine Anzahl kleinerer Einheiten, während die Vereinigten Staaten 11 Schiffe im Bau oder projektiert haben und Japan 12 leichte Kreuzer baut. Die Schiffe, die nach dem Washingtoner Vertrag abgebaut werden müssen, sind in der Aufstellung nicht enthalten.
Scharfe Ablehnung des Vorstoßes der Arbeiterpartei
London, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Der scharfe Vorstoß der sozialistischen Arbeiterpartei in der Arbeiterpartei (siehe Seite 1 unserer letzten Ausgabe, 2. Teil), der die englische Arbeiterpartei ablehnen will, wird von der gesamten englischen Presse mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Einige Kommentatoren wie die „Daily Mail“ und die „Daily Express“ haben die scharfe Ablehnung der Arbeiterpartei für die englische Arbeiterpartei abgelehnt, indem sie auf die bedeutende Unterstützung hinweisen, die die Arbeiterpartei im Inland und in den überseeischen Kolonien erhalten lassen muß.

Enttüllungen über das tschechisch-französisches Bündnis

Die Tschecho-Slowakei im Kriegsfalle zur Waffenhilfe gegen Deutschland verpflichtet

B. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Bekanntlich ist sowohl von der Pariser als von der Prager Regierung immer wieder abgelehnt worden, daß dem am 2. Januar d. J. in Paris geschlossenen Freundschafts- und Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschecho-Slowakei wichtige militärische Elemente abgemacht zugrunde liegen. Jetzt wird der Schlichter von dem streng gehaltenen Geheimnis zurückgegangen. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht drei Dokumente, die einen sehr reichen Einblick in die von Frankreich verfolgte Außenpolitik gegen Deutschland gewähren. Das erste Dokument, das einen Monat vor Unterzeichnung des Vertrages aufgestellt wurde, zeigt, daß damals die Herren Polencos und Benschke nicht glaubten, auf den Beitritt Südamerikas zu dem Vertrag rechnen zu können. Es läßt in diesem Falle ein eigener Generalsstab für die verbündeten Oere in Frage gestellt werden. Zu welchem Zwecke, darüber gibt das zweite wichtigste Dokument Auskunft.
Seine einzelnen Punkte lauten:
1. Die Tschecho-Slowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit vier gesamten Kriegsmächten auf die Seite Frankreichs, und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich, bei einem Kriegszug der Tschecho-Slowakei mit Deutschland diesem den Krieg zu erklären.
2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien auf die Seite Polens.
3. Vor der Errichtung von Freundschaften zwischen der Tschecho-Slowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschecho-Slowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen.
4. Beide Vertragsparteien verhalten sich bei einem Konflikt Polen — Rußland neutral.
5. Bei einem Wiederanstehen der Unabhängigkeitsbewegung in der Bundesrepublik Österreich sowie beide Vertragsparteien durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in dem einer Befreiung der Bundesrepublik durch verbündete Truppen aufmerksam.
6. Die Mitglieder der Gattungen in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entziehung der Kredite, beide Vertragsparteien zum Eintreten auf eine Verhinderung der Konzepte. Über den weiteren Modus procedendi einigen sich die Vertragsparteien.

7. Der Versuch einer Restaurierung der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder erfordert sofort härtesten Einspruch ultimativen Charakters beider Vertragsparteien in allen Richtungen unter Aufhebung weiterer Sanktionen im Westen und Südosten unter Voraussetzung auf den Verfall der Verträge. Notwendige Widerstandsmaßnahmen sind ein Causus belli.
8. In Rußland sind freundliche Beziehungen im Einvernehmen anzubahnen. Ein Ueberschreiten Rußlands auf Rumänien erfordert die Unterzeichnung Rumänien mit Kriegsmaterial.
9. Die Unterzeichnung Rußlands durch Deutschland bei einem Kriege Rußlands — Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsparteien an Deutschland.
10. Unabhängig bleibt die Stellung beider Vertragsparteien in Italien. Die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vertragsparteien bekämpft.
Die Hoffnung auf die Mitwirkung Südamerikas ist freilich auf der Belgrader Konferenz getätigt worden.
Das letzte Schriftstück ist der Konzeptvertrag, in dem die ablehnende Haltung Südamerikas formuliert wird.
Tschischerin Vorkämpfer in London
London, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „Central News“ melden aus Moskau, daß Trotski das Komitee für auswärtige Angelegenheiten übernehmen und Tschischerin zum Vorkämpfer in London ernannt wird.
Republik Persien?
London, 19. März. Reuters meldet aus Teheran: Die fortschrittlichen Parteien, die mit den Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, haben sich für die Ablehnung des Schahs und die Ausrufung der Republik erklärt.
Der Kaiser von Japan im Sterben
B. Berlin, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Tokio liegt der Kaiser von Japan im Sterben. Er leidet seit langer Zeit an einer Gehirnanfalloid.

Die Regierungserklärung des neuen belgischen Kabinetts

„Die Entente ist die beste Garantie für den endgültigen Frieden“

Brüssel, 18. März. In der Kammer gab Ministerpräsident Hennevis heute die Regierungserklärung des neuen Kabinetts ab. Zur äußeren Lage und der Reparationsfrage sagte Ministerpräsident Hennevis: „Die Frage ist heute in eine neue Phase eingetreten. Die Sachverständigen haben die hauptsächlichsten Aufgaben, die sich auf ihrer Lösung darbieten. Den Realitäten Rechnung tragend, in unseren Forderungen gemäßigt, aber sehr werden wir das verlangen, was wir als berechtigt, als unbedingt notwendig und als mit den Möglichkeiten verträglich ansehen. Unterhalb dieser Grenze bleiben, hieße die Sache verfallen, für die jedoch der Untertan alles geopfert haben. Abhängig ist es, als ob die Ereignisse unsere Bemühungen begünstigen. Es scheint, daß man zum erstenmal nach dem Weltkriegsstande befreit ist. Optimismus an den Tag zu legen. Die Lösung der Reparationsfrage hängt nicht nur von der Vorbereitung eines besonderen Planes ab. Ihr Geheimnis liegt in dem einzigen Wort „Entente“. Einmalig der Willkür und großen

Die Regierungserklärung des neuen belgischen Kabinetts

Reiches ist die notwendige Voraussetzung einer raschen und befriedigenden Lösung. Daher werden wir uns nicht hemmen, eine enge und aufrichtige Gemeinamkeit der Ansichten zustande zu bringen. Die Entente ist die beste Garantie für die Sicherheit und den endgültigen Frieden.“
Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der liberalen Linken und vom größten Teil der katholischen Redden mit Beifall aufgenommen.
Annahme sämtlicher Steuerprojekte im Senat
Paris, 19. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Senat hat gestern sämtliche Steuerprojekte der Regierung mit 161 gegen 23 Stimmen angenommen. Gegen die Finanzprojekte stimmten die Sozialisten, weil sie die Außenpolitik der Regierung nicht zu billigen vermögen.
Die Wiener Reise des Reichskanzlers
Berlin, 19. März. Reichskanzler Dr. Brüning ist heute abend 9 Uhr in Begleitung des Chefs der Reichskanzlei, Staatssekretär Brack, nach Wien abgereist. Außenminister Dr. Stresemann, der sich heute nachmittag nach Belgien begeben hat, wird dort in den Wiener Zug einsteigen. Die Reise von Wien nach Berlin erfolgt Freitag nachmittag.

F.B.
S-Film
L.L.I.
NS Theater
D.H.V.
Grunert-Planze

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240320/1